

Energieversorgung, Wirtschaft, Verkehr

<https://www.nius.de/Politik/total-irre-scholz-plant-haertestes-anti-windrad-gesetz-aller-zeiten/2eefae73-1ec9-47b7-b2e4-f4af5ec03f9d>

8.9.2023

Total irre: Scholz plant härtestes Anti-Windrad-Gesetz aller Zeiten

Es wäre eine Rolle rückwärts bei der Energiewende! Die Bundesregierung will eine Gesetzesänderung vornehmen, die die Windkraft in Deutschland praktisch gegen die Wand fahren lassen würde.

Das Verkehrsministerium plant eine Veränderung des Luftverkehrs-Gesetzes. Ziel ist es, militärische Luftverteidigungsradare vor Störungen durch Bauwerke in der Nähe zu schützen. Bei Flugsicherungseinrichtungen handelt es sich um Anlagen am Boden, die für die Navigation eines Flugzeugs wichtig sind und die Störungen durch Bauwerke ausgesetzt sein können. Um das zu verhindern, sollen Bauverbots-Zonen erweitert werden. Solche Bauverbots-Zonen gibt es bereits jetzt schon. Eine Ausweitung hätte massive Folgen für Windräder.

Der Hammer: Im Umkreis von 50 Kilometern zu einem militärischen Luftverteidigungsradar dürften demnach künftig keine Windräder mehr errichtet werden. In der ganzen Bundesrepublik gibt es im Moment 18 solcher Radarstandorte der Bundeswehr, quer über das Land verteilt.

Von den 18 militärischen Anlagen sind vier direkt im Norden Deutschlands stationiert. Also dort, wo bekanntlich viel Wind weht und Windräder zur Energiegewinnung mehr als sinnvoll sind.

Wolfram Axthelm, Geschäftsführer des Bundesverbands Wind Energie (BWE), zu NIUS: „Ein Drittel der gesamten Bundesfläche würde auf einen Schlag zu Prüfbereichen erklärt. Dies verringert die Flächenkulisse. Damit würde der Gesetzgeber seine eigenen Ausbauziele ebenso wie das Flächenziel von zwei Prozent für die Windenergie untergraben.“

<https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/staatsschutz-ermittelt-brandanschlaege-auf-bahnstrecke-85338392.bild.html> 8.9.2023

Dreifacher Brandanschlag auf die Bahn!

In der Nacht zu Freitag brannte es an drei Stromtrassen der [Deutschen Bahn](#) im [Hamburger](#) Stadtgebiet.

▶ Eine Bahnsprecherin: „Eine Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen Hamburg und Berlin ist voraussichtlich erst im Laufe des Samstagmorgens wieder möglich.“

Unbekannte haben offenbar vorsätzlich den Kabelkanal an den Schienen geöffnet und Feuer gelegt. Direkt an einem der Brandorte, welcher in einem für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Bereich liegt, hat die Polizei den Deckel einer Flasche sichergestellt.

Die Polizei geht von einem politischen Motiv als Hintergrund für die Straftaten aus. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen, so Polizeisprecher Sören Zimbal.

Linksextreme veröffentlichen Bekenner schreiben

Unterdessen tauchte ein Bekenner schreiben auf, das den Anschlag mit „Kampf gegen Kapitalismus“ begründet!

Auf der linksextremen Website „indymedia“ schrieben die Bekenner: „In der Nacht des 7. September haben wir in Hamburg Verkehrsadern der kapitalistischen Infrastruktur sabotiert.“ Sie hätten sich auf Streckenabschnitte beschränkt, die nicht für den Personenverkehr genutzt werden.

Absurd: Als Motiv geben sie an, durch die Behinderung des Güterverkehrs „die koloniale Ausbeutung“ sowie die Zerstörung der Erde bremsen zu wollen. „Hamburg ist eine kapitalistische Metropole“, schreiben sie weiter.

„Wenn wir den Kapitalismus abschaffen wollen, wieso nicht hier, bei der Infrastruktur, die ihn trägt, ansetzen?“

<https://www.rnd.de/politik/bundestag-verabschiedet-umstrittenes-heizungsgesetz-KADOLIDUO5F5LM3EJ4DOBOLNG4.html> 9.9.2023

Bundestag verabschiedet umstrittenes Heizungsgesetz

Lange wurde innerhalb der Ampelkoalition gestritten, nun ist es beschlossen: Der Bundestag hat mit der Mehrheit der Regierungsfractionen das umstrittene Heizungsgesetz verabschiedet. Die Opposition kritisierte das Gesetz erneut scharf.

Das umstrittene Heizungsgesetz ist am Freitag im Bundestag verabschiedet worden. Nach einer hitzigen Debatte wurde das Gesetz in einer namentlichen Abstimmung mit der Mehrheit der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP wie erwartet beschlossen. Die Oppositionsfractionen der Linken, Union und AfD sprachen sich zuvor gegen das Gesetz aus. 399 Abgeordnete stimmten für den Gesetzentwurf, 275 stimmten dagegen. Es gab fünf Enthaltungen.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), das oft als Heizungsgesetz bezeichnet wird, zielt darauf ab, durch einen schrittweisen Austausch von Öl- und Gasheizungen das Heizen klimafreundlicher zu machen. Ende September muss das Gesetz noch durch den Bundesrat. Die Pläne sehen im Kern vor, dass jede neueingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Es soll Anfang 2024 in Kraft treten, aber zunächst nur für Neubaugebiete gelten.

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/fdp-stimmt-nahezu-geschlossen-fuer-den-heizungshammer/amp>

Abstimmungsliste namentlich, s. Anhang

https://www.focus.de/politik/deutschland/antrag-abgelehnt-opposition-sauer-ampel-drueckt-termin-durch-am-freitag-soll-heizgesetz-beschlossen-werden_id_203772111.html 5.9.2023

Ampel drückt Termin durch - am Freitag soll Heizgesetz beschlossen werden

Die Ampel hat mit den Stimmen der Koalition einen Antrag, das Heizgesetz nicht auf die Tagesordnung am Freitag zu setzen, gestoppt. Das umstrittene Gesetz soll wie geplant beschlossen werden. Die Opposition ist sauer und macht der Regierung harsche Vorwürfe.

Die Opposition im Bundestag ist mit einem Antrag gescheitert, eine Entscheidung zum umstrittenen Heizgesetz zu verzögern. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen [SPD](#), Grüne und [FDP](#) wurde am Dienstag ein Antrag abgelehnt, das Gebäudeenergiegesetz - das sogenannte Heizgesetz - am Freitag nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Die Koalition will das Gesetz dann beschließen.

<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/international-business/hohe-oelpreise-russland-und-saudi-arabien-drosseln-ihre-produktion/> 7.9.2023

Ölpreise steigen auf Zehn-Monats-Hoch, weil sich Russland und Saudi-Arabien verpflichten, die Produktion länger zu drosseln

Die Ölpreise stiegen, nachdem sich Saudi-Arabien und Russland zu weiteren Produktionskürzungen bis Dezember verpflichtet hatten.

Damit wird die Gesamtproduktion auf etwa neun Millionen Barrel pro Tag und damit auf dem niedrigsten Stand seit Jahren gehalten.

Die [Ölpreise](#) stiegen am Dienstag um mehr als 1,3 Prozent und erreichten den höchsten Stand seit zehn Monaten, wobei die internationale Referenzsorte [Brent-Rohöl](#) zum ersten Mal seit November vergangenen Jahres die Marke von 90 US-Dollar (rund 84 Euro) pro Barrel überschritt.

[Rohöl](#) der Sorte [West Texas Intermediate](#) wurde unterdessen bei etwa 87 Dollar (rund 81 Euro) pro Barrel gehandelt, ebenfalls ein Zehn-Monats-Hoch.

Grund für die Preissteigerungen sind Produktionskürzungen

Der Preissprung folgte auf eine von der staatlichen saudischen Presseagentur veröffentlichte Erklärung, wonach [Saudi-Arabien](#) und [Russland](#) ihre Ölförderkürzungen um weitere drei Monate bis Dezember verlängern würden.

Dies war ein aggressiverer Schritt, als Händler von den beiden größten [OPEC](#)-Produzenten erwartet hatten, und er wird die Produktion für sechs Monate bei etwa neun Millionen Barrel pro Tag halten, dem niedrigsten Stand seit Jahren. Saudi-Arabien wird seine freiwillige Kürzung um eine Million Barrel pro Tag beibehalten.

https://www.achgut.com/artikel/ein_neues_gesetz_vom_elektro_kanzler

6.9.2023

Ein neues Gesetz vom Elektro-Kanzler

Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte zur Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung (IAA) ein neues Gesetz an. Für Elektroautos sollen Tankstellen bald gesetzlich zum Aufbau von Ladestationen verpflichtet werden. Zahlen dafür am Ende die Steuerzahler oder nur die, die Benzin und Diesel tanken?

....Autos mit Verbrennermotor sollen in gut zehn Jahren nicht mehr neu gebaut und verkauft werden dürfen. Elektroautos sind teuer, manchmal brandgefährlich und außerdem nicht gerade praktikabel, wenn man längere Strecken fahren und zwischendurch tanken bzw. nachladen muss.

.....

Es sind ja nicht nur die hohen Energiepreise unter denen die Hersteller leiden. Das bisherige Kerngeschäft, Autos mit Verbrennermotor, wird in absehbarer Zeit in der EU verboten. Die deutsche Regierung hat diesen

Beschluss nicht nur nicht verhindert, sondern sogar befördert. Es gibt damit auch für die weitere Entwicklung und Forschung in diesem Bereich keine Veranlassung mehr. Politisch gewollt ist stattdessen die Elektromobilität mit Batterieautos. Daran mögen deutsche Automobilhersteller jetzt bitteschön mit Hochdruck arbeiten. Das hatte vor dem Kanzler bereits dessen grüner Wirtschaftsminister Robert Habeck [gefordert](#).